

Schwierige Lage

Unterstützung für die Landwirtschaft

Milch für 46 Cent, Molkereien, die Bauern weniger als 20 Cent zahlen – die Lage auf dem Milchmarkt hat sich dramatisch zugespitzt. Aber nicht nur dort – die gesamte Landwirtschaft steckt in der Krise. Im Gespräch mit Walter Heidl, Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, waren sich alle einig, dass neben Soforthilfe-Maßnahmen vor allem strukturelle Änderungen auf dem Milchmarkt nötig sind.



Foto: picture alliance/dpa

Auf dem Milchgipfel in Berlin kündigte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) Unterstützung für die notleidenden Bauern an. Er machte aber auch klar: Der Schlüssel für die Lösung der Probleme auf dem Milchmarkt liegt in den Händen der Marktteiligen selbst.

Der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, Walter Heidl, begrüßte beim Gespräch mit der CSU-Landesgruppe diese klare Äußerung: „Offene Märkte kann man nicht staatlich regulieren. Die Wirtschaft muss die Situation aufgreifen und Lösungswege finden.“ Die agrarpolitische Sprecherin der CSU-Landesgruppe, Marlene Mortler, wies darauf hin, dass der Bundestag am Donnerstag Änderungen des Agrarmarktstrukturgesetzes verabschiedet hat: In Zukunft können auch Genossenschaften Absprachen treffen, um die Rohmilchproduktion auf freiwilliger Basis für einen Zeitraum von sechs Monaten zu regulieren. „Damit verschaffen wir den Genossenschaften die Möglichkeit, ihre Mengen besser zu steuern“, so Mortler. Wichtig sei

„Wir lassen unsere Bauern nicht allein“

daneben, die Innovationskraft der Unternehmen und die Investition in Forschung und Entwicklung in der Landwirtschaft zu stärken. Heidl mahnte jedoch auch kartellrechtliche Maßnahmen an – der Lebensmitteleinzelhandel dürfe hier nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt wies darauf hin, dass die Landesgruppe oftmals die einzige politische Kraft sei, die sich um die Landwirtschaft und die ländlichen Räume kümmere.

Minister Schmidt hatte beim Spitzengespräch mit der Branche ein Hilfspaket von 100 Millionen Euro plus x angekündigt. Darin enthalten sind die Fortschreibung der Entlastung bei der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung 2017, wodurch alle Landwirte deutlich geringere Beiträge zahlen müssen, sowie Existenzsicherungshilfen, Steuerentlastungen aus Gewinnglättung, Freibetragsregelungen zur Schuldentilgung sowie Bürgschaftsprogramme. Die Branche selbst verpflichtete sich, in einem neu zu gründenden Branchendialog Milch an Strukturreformen zu arbeiten.



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die niedrigen Preise für Milch, Fleisch und Getreide bedrohen viele Bauern in ihrer Existenz. Wir lassen unsere Bauern in dieser schwierigen Lage nicht allein und werden konkrete Hilfsmaßnahmen auf den Weg bringen.

Am Mittwoch hat die CSU-Landesgruppe darüber intensiv mit dem Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes diskutiert. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bundeszuschuss für die Landwirtschaftliche Unfallversicherung erhöht wird. Über die reduzierten Beiträge werden die Landwirte unmittelbar entlastet. Außerdem machen wir uns für steuerliche Erleichterungen und Liquiditätshilfen stark. Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt hat bereits Gespräche mit den Verbänden geführt und einen Branchendialog Milch ins Leben gerufen, um gemeinsame Vorschläge zu einer kurzfristigen Reduzierung der Milchmenge und zu einer langfristigen Neuordnung der Marktstruktur zu erarbeiten. Gespräche mit den Landwirtschaftsministern der Länder und auf EU-Ebene über weitere Unterstützungsmaßnahmen folgen.

Derzeit arbeiten in Deutschland mehr als viereinhalb Millionen Menschen in der Landwirtschaft und allen Bereichen, die mit ihr im Zusammenhang stehen. In Bayern allein sind über 830.000. Seit Jahrhunderten prägt die Landwirtschaft unsere Kulturlandschaften und sichert mit ihren Erzeugnissen eine gute Ernährung. Gemüse, Obst und Fleisch sind heute so gut, so sicher und erschwinglich wie nie zuvor. Zusammen mit unseren Bauern arbeiten wir hart daran, dass dies so bleibt. Wir stehen an ihrer Seite – und zwar aus Überzeugung!

Andrea Lindholz MdB

Interview

„Die Landwirtschaft gehört in die Mitte der Gesellschaft.“

Im Interview erklärt Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt, warum die bäuerliche Landwirtschaft Großartiges leistet und dass die bestehenden Herausforderungen nur gemeinsam mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie gelöst werden können. Das komplette Interview finden Sie auf unserer [Webseite](#).

Herr Minister, was sind die Ergebnisse des Milchgipfels?

Das wichtigste Ergebnis des Milchgipfels ist die Verständigung auf dringend notwendige Strukturreformen. Denn ein „weiter so“ kann es nicht geben. Die Menge muss runter für bessere Preise. Ich bin froh, dass die Wirtschaftsbeteiligten – also die Bauern, die Molkereien und der Handel – einen Branchendialog initiieren werden und endlich erste Schritte hin zu strukturellen Verbesserungen im Milchmarkt einleiten wollen.

Was bedeutet das konkret?

Auf Basis unseres Agrarmarktstrukturgesetzes wird der Branchendialog Vorschläge zu einer kurzfristigen Reduzierung der Milchmenge und zu einer langfristigen Neuordnung der Marktstruktur erarbeiten. Die Molkereien werden mit ihren Mitgliedern auf eine marktorientierte Mengendisziplin und eine Flexibilisierung der Lieferbeziehungen hinarbeiten. Und auch der Handel will seinen Beitrag leisten. Ich erwarte, dass die Marktbeteiligten diesen Worten jetzt auch Taten folgen lassen. Strukturreformen



Foto: picture alliance/dpa

brauchen ihre Zeit, deshalb werden wir die Bauern mit einem Bündel an Maßnahmen – beispielsweise steuerlichen Entlastungen, Bürgschaften oder Zuschüssen zur Unfallversicherung – weiter unterstützen.

Viele Familienbetriebe leiden auch unter dem schlechten Image. Was geben Sie denen mit auf den Weg?

Mit aggressiven Kampagnen von NGOs und absurden Forderungen grüner Politiker wurde die Landwirtschaft in der öffentlichen Wahrnehmung schwer diskreditiert. Das Bild der schlimmen „Agrarfabriken“ hat sich in der Vorstellungswelt festgesetzt. So ist die Welt aber nicht. Und die Land-

wirtschaft ist nicht der Sündenbock für alle Probleme zwischen Himmel und Erde. Die bäuerliche Landwirtschaft leistet Großartiges! Sie sorgt nicht nur für Ernährung, sondern auch für Landschaftspflege, für Arbeitsplätze und soziale Strukturen im ländlichen Raum.

Wie geht es nun weiter?

Es ist keine Frage, wir werden die bäuerliche Landwirtschaft auch in diesen schwierigen Zeiten weiter unterstützen. Denn: Die Landwirtschaft gehört in die Mitte der Gesellschaft. Wir müssen die bestehenden Herausforderungen gemeinsam mit der Landwirtschaft lösen und nicht gegen sie. Ich will mit meiner Politik Perspektiven schaffen.

Diese Woche

Schwierige Lage	
Unterstützung für die Landwirtschaft	1
Interview	
„Die Landwirtschaft gehört in die Mitte der Gesellschaft.“	2
Mongolei	
Traditionell gute Zusammenarbeit	2
Integrationsgesetz	
Unser Prinzip des Förderns und Forderns hat sich durchgesetzt	3
Störerhaftung abgeschafft	
Weg frei für freie WLAN-Hotspots	3
Kommentar	
Den Opfern gedenken, ohne damit andere in eine Schuldrolle zu drängen	4
Prostituiertenschutzgesetz	
Ein Gesetz, das seinen Namen auch verdient	4
Telefonhotline	
Mehr als 700 Anrufer in zwei Stunden	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: karpf kreativ

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Mongolei

Traditionell gute Zusammenarbeit

Deutschland spielt eine wichtige Rolle als Partner der Mongolei. Davon konnten sich CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt und der Parlamentarische Geschäftsführer, Max Straubinger, vor Ort überzeugen.



Foto: CSU-Landesgruppe

Gemeinsam waren sie Ende Mai in die Mongolei gereist, um sich mit hochrangigen Vertretern aus Politik und Zivilgesellschaft auszutauschen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Mongolei sind eng – für die Mongolei ist Deutschland eindeutig der wichtigste Partner in Europa. Das betonten alle Regie-

rungs- und Parlamentsvertreter bei den Gesprächen. Außenminister Purevsuren dankte Bayern für die traditionell gute Zusammenarbeit und hob besonders das Engagement der Hanns-Seidel-Stiftung bei der Reform des Rechtsstaats und den Beratungen hinsichtlich der Verfassung hervor.

Integrationsgesetz

Unser Prinzip des Förderns und Forderns hat sich durchgesetzt

Das Integrationsgesetz ist auf dem Weg: Am Freitag hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung darüber beraten. Fördern und Fordern ist dabei oberstes Prinzip. Denn Integration ist Verpflichtung für alle, die hier leben wollen.

Zwar gehen die Flüchtlingszahlen derzeit zurück. Dennoch werde Deutschland in den nächsten Monaten und Jahren vor der epochalen Herausforderung stehen, die Hunderttausende Migranten und Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, so Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Deshalb sei nun wichtig, das Integrationspflichtgesetz, wie es Mayer nennt, auf den Weg zu bringen. Natürlich habe der Staat die Pflicht, ausreichend Angebote zur Integration zur Verfügung zu stellen, andererseits erwarte man auch von den Flüchtlingen, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Dazu sollen nun im Integrationsgesetz verschiedene Maßnahmen festgeschrieben werden. Geplant ist unter anderem, das Angebot an Integrations- und Sprachkursen zu erweitern sowie 100.000 zusätzliche Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Wer sich jedoch Integrationsmaßnahmen verweigert, dem drohen Leistungskürzungen.



Foto: picture alliance/dpa

Das sieht der Gesetzentwurf unter anderem vor:

- ◆ Leistungskürzungen bei Verletzung von Mitwirkungspflichten und bei Ablehnung und Abbruch von Integrationsmaßnahmen.
- ◆ Eine dauerhafte Niederlassungserlaubnis soll grundsätzlich erst nach fünf Jahren bei Erfüllung bestimmter Integrationsleistungen erteilt werden.
- ◆ Anerkannte Flüchtlinge sind verpflichtet, in dem Bundesland ihren Wohnsitz zu nehmen, dem sie nach Königsteiner Schlüssel zugeteilt sind. Die Länder können ihnen dann zur Förderung der Integration einen bestimmten Wohnort zuweisen.
- ◆ Flüchtlinge u.a. mit guter Bleibeperspektive erhalten eine gezielte Förderung der Berufsausbildung. Die Vorrangprüfung bei Asylbewerbern und Geduldeten wird befristet für drei Jahre ausgesetzt und damit auch die Tätigkeit in Leiharbeit ermöglicht.

Störerhaftung abgeschafft

Weg frei für freie WLAN-Hotspots

Anbieter von WLAN haften künftig nicht mehr für den Missbrauch durch Dritte. Am Donnerstag beschloss der Bundestag die Abschaffung der Störerhaftung. Doch was verbirgt sich eigentlich hinter diesem Begriff?

Private und gewerbliche Anbieter von WLAN-Hotspots sollen bei rechtswidrigem Missbrauch ihrer Anschlüsse künftig nicht mehr dem Risiko von Abmahnkosten und Schadenersatzzahlungen ausgesetzt sein. Mit der Änderung des Telemediengesetzes hat der Bundestag am Donnerstag diese sogenannte Störerhaftung abgeschafft. Denn bisher wurde derjenige, der ein offenes WLAN anbietet, beispielsweise in seinem Café, für illegale Downloads seines Gastes haftbar gemacht, erklärte Dorothee Bär, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium. Sie verglich dies so: „Dies wäre genauso, als wenn Verkehrsbetriebe dafür haftbar gemacht werden, dass jemandem in der S-Bahn der Geldbeutel geklaut wurde. Also eine sehr verstörte Regelung.“



Foto: picture alliance/dpa

Die Regierungskoalition schafft diese Regelung nun ab. WLAN-Anbieter werden künftig Internet-Providern gleichgestellt und stehen unter einem Haftungsprivileg. Allerdings ist es auch in Zukunft möglich, bei massivem Missbrauch eines lokalen WLAN-Netzwerks den Anbieter zur

Rechenschaft zu ziehen. Eine entsprechende gerichtliche Anordnung muss aber wirksam und verhältnismäßig sein und darauf gerichtet sein, die Rechtsverletzung abzustellen oder zu verhindern.

Das komplette Interview per Handyvideo mit Dorothee Bär sehen Sie [hier](#).

Kommentar

Den Opfern gedenken, ohne damit andere in eine Schuldrolle zu drängen

Der Bundestag hat am Donnerstag einen Antrag zur Erinnerung und zum Gedenken an den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten verabschiedet. In seinem Kommentar macht der Justiziar der CDU/CSU-Fraktion Hans-Peter Uhl deutlich, warum es bei dem Antrag geht:

„In jeder Geschichtsbetrachtung“, sagt Goethe, „sieht man immer die Nation durchscheinen, wozu der Schreiber gehört“. Wenn also ein Deutscher an den „Todesgang des armenischen Volkes“ denkt, wird seine Betroffenheit zu spüren sein. Denn wie sehr ein Völkermord, geschehen im Namen der eigenen Nation, diese eigene Nation belastet, wissen wir. Wir sind zuversichtlich, dass die türkische Regierung verstehen wird, dass es unser gewachsenes europäisches Bewusstsein ist, dass man Opfern gedenkt, ohne damit andere in eine Schuldrolle drängen zu wollen.

Das Schicksal der Armenier steht beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, der Völkermorde, von der das 20. Jahrhundert gezeichnet ist. Mit den Pogromen an den Armeniern begann es im 20. Jahrhundert, Massenmord als legitime Machtaus-



Foto: Henning Schacht

übung zu sehen. Natürlich hatte das osmanische Reich Probleme mit den Armeniern, in besonderer Weise mit Umsturzplänen und Terrorakten. Das Erschrecken darüber war so groß, dass selbst ein Friedrich Naumann die Massaker als eine Art von Notwehr rechtfertigte, mit der sich die Türken aus dem Würgegriff der Armenier zu befreien versuchten. Die Antwort des osmanischen Reiches war aber Staatsterrorismus. Mit Stalins Massenmord an den Kulaken, dem Genozid an den Ukrainern und

den innersowjetischen Säuberungsaktionen und dann mit der Vernichtungsaktion der Deutschen an den Juden nahm das Fürchterliche seinen weiteren Verlauf.

Wir wissen um die innere Einheit von Erinnerung und Zukunft. Das gilt auch für ein künftiges gutes Miteinander von Türken und Armeniern. Das ist unser Anliegen: mit dem Blick der Wahrheit zurück zu schauen, um mit dem Blick des Friedens nach vorne schauen zu können.

Prostituiertenschutzgesetz



Foto: picture alliance/dpa

Ein Gesetz, das seinen Namen auch verdient

Organisierte Kriminalität, Zwangsprostitution, schlechte Arbeitsbedingungen – das macht das Prostitutionsgewerbe oftmals aus. Der Bundestag hat einen Gesetzentwurf beraten, der Frauen (und Männer) in diesem Gewerbe besser schützen soll.

Der CDU/CSU-Fraktion sei es wichtig, ein Prostituiertenschutzgesetz auf den Weg zu bringen, das seinen Namen auch verdient, machte Paul Lehrieder (CSU) in seiner Rede deutlich. Das rot-grüne Prostitutionsgesetz von 2002 konnte die Erwartungen nicht erfüllen: „Deutschland wurde zeitweise sogar als ‚Bordell Europas‘ bezeichnet“, so Lehrieder. „Die derzeit noch geltenden Regelungen schützen schon seit geraumer Zeit nicht mehr die in der Prostitution Tätigen“. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird der Prostitutionsmarkt in Deutschland wieder stärker reguliert. „Jedes andere

Gewerbe in Deutschland ist mehr Regulierung unterworfen“, stellte Lehrieder fest. Vor allem auf Drängen der Union ist eine Erlaubnispflicht für Bordellbetreiber, eine Anmeldepflicht und eine Kondompflicht vorgesehen. Die regelmäßig vorgeschriebene Gesundheitsberatung dient ebenso dem Schutz der Prostituierten wie die besonderen Regelungen für die 18- bis 20-Jährigen. „Es geht nicht um Gängelung, es geht nicht um Stigmatisierung, es geht nicht um Bevormundung. Es geht um den Schutz der Frauen“, machte der CSU-Politiker deutlich.

Telefonhotline

Mehr als 700 Anrufer in zwei Stunden

Mehr als 700 Anrufer in zwei Stunden nutzten am Mittwoch die Möglichkeit, mit den Abgeordneten der CSU-Landesgruppe direkt ins Gespräch zu kommen. Unter dem Motto „Immer ein offenes Ohr für die Bürger“ schaltete die CSU-Landesgruppe eine Telefonhotline. Die drängendsten Fragen, die den Bürgern unter den Nägeln brannten, waren zum Beispiel: Welche langfristigen Lösungen gibt es in der Milchkrise? Warum ist TTIP gut für Deutschland? Oder: Wie sieht es mit der Rente in Zukunft aus? CSU-Abgeordnete aus allen Fachgebieten beantworteten zwei Stunden lang jede Frage. „Mit der Telefonhotline haben die Bürger den direkten Draht zu ihrem Abgeordneten der CSU-Landesgruppe. Denn es ist uns wichtig, das Ohr nah an den Bürgern zu haben – ihre Fragen, Probleme und Sorgen anzuhören und ernst zu nehmen. Nur so können wir Politik für die Bürger machen“, sagte Max Straubinger, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe.